

Mediales Kontrollspektakel

Ein Spanier, der in seinem Kleintransporter Fässer mit giftigen Chemikalien nicht richtig festgezurret hatte, ein Franzose, der mit einer alten Rostlaube unterwegs war und die Kontrolleure anflehte, ihn weiterfahren zu lassen, und ein verdutzter Luxemburger Lkw-Fahrer, dem Transportminister Henri Grethen höchstpersönlich die überprüften Papiere und Tachoscheiben zurückgab - kleine Highlights einer groß angelegten Lkw-Kontrolle am luxemburgisch-französischen Grenzübergang bei Düdelingen. Zu der waren zahlreiche VertreterInnen von Medien am Dienstag eingeladen. Einen Einblick in den Alltag der Zollbeamten vermittelte das Spektakel jedoch nicht: Nur zwei oder drei Mal im Jahr gäbe es solche Großaktionen, erklärte ein Zollbeamter gegenüber der woxx. Große Beute wie Drogenfunde seien zudem eher selten, fügte er hinzu.

Das Ganze war vielmehr der Praxisteil von "Euro contrôle route", einem Seminar zum Erfahrungsaustausch für Zollbeamte aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Die konnten zuschauen, wie ihre luxemburgischen KollegInnen Brummis und Reisebusse auf Gewicht und Tauglichkeit überprüften. Dass dabei die Waage der französischen Zöllner nicht immer reibungslos funktionierte, quittierten sie mit Gelassenheit. Der Minister hatte es nicht gesehen.

Referendum: endlich ein Gesetz?

Seit Jahrzehnten schon ist in der Luxemburger Verfassung das Instrument des Referendums vorgesehen, ein Ausführungsgesetz gibt es aber bisher nur auf Gemeindeebene. Die Regierung hat nun, rechtzeitig für das angekündigte Referendum zur europäischen Verfassung, ein Gesetzesprojekt vorgelegt, das auch die nationale Ebene abdecken soll. Bei der ersten Arbeitsitzung der parlamentarischen Verfassungskommission zum Thema am vergangenen Dienstag wurde jedoch sehr schnell klar, wie komplex die Materie ist: Die Anzahl der notwendigen Unterschriften, die Eingrenzung der zulässigen Themen, die Frage ob das Referendum bindend sein soll oder nicht, sind nur einige der aufgeworfenen Fragen.

Der sozialistische Abgeordnete Alex Bodry bemängelte zudem, dass laut Regierungsvorschlag die Unterschriften ausschließlich innerhalb der Gemeindeverwaltungen zu leisten sind. Ebenso fiel ihm das Fehlen einer Regelung über die einem Referendum vorangehende öffentliche Kampagne auf. Renée Wagener (Déi Gréng) schlug vor, sowohl bei der Altersgrenze als auch bei der Frage der Nationalität der Teilnahmeberechtigten mehr Aufgeschlossenheit zu zeigen. Auch die von der Regierung vorgesehene Zuständigkeit des Premierministers (statt des Parlaments) sorgte für Diskussionen. So folgte der Kommissionspräsident Paul-Henri Meyers (CSV), dass die Arbeiten am Text sich wohl länger hinziehen werden - wenn denn erst einmal das Gutachten des Staatsrates vorliegt.

Militärische Werbetour in der Grundschule

Die Nachwuchssorgen der luxemburgischen Armee scheinen ein neues, bisher nicht gekanntes Stadium erreicht zu haben. So könnte man den jüngsten PR-Feldzug der hiesigen Militärs deuten: Eine Delegation der Armee hat am Mittwoch die Primärschule in Stadtbredimus besucht. Stolz wurde dabei den PennälerInnen das aufgefahrene Kriegsgerät gezeigt, so zum Beispiel ein Geländewagen. Die Armeeführung hatte den GrundschülerInnen wohl eine berufliche Zukunft in Uniform schmackhaft machen wollen - für Gilles Ramponi von der "Jugend fir Fridden a Gerechtegheet" war es schlichtweg "Nato-Kriegstreiberei in der Grundschule". So hat der Friedensaktivist seinen Artikel überschrieben, den er gestern an die woxx geschickt hat. Darin weist er unter anderem darauf hin, dass der Bürgermeister von Stadtbredimus, Jeannot Bonifas, hinter der militärischen Werbetour stand. Ramponi warnt davor, dass die Aktion Schule macht: "Schämen sollt ihr euch für diese perverse Verniedlichung von Todesgerät", hält er den Initiatoren entgegen.

René Kollwelter ist Direktor für Europafragen an der "Schule der zweiten Chance" in Marseille und unterrichtet am Lycée technique des Arts et Métiers in Luxemburg. Der Ex-Fußballprofi und ehemalige Chamber-Abgeordnete der LSAP spricht von einer Zweiklassengesellschaft in Luxemburg und tritt für eine bessere Integration von ImmigrantInnen ein.

(Foto: Christian Mosar)

**INTEGRATION**

Luxemburger plus Ausländer geteilt durch zwei

woxx: Die Schule, an der Sie arbeiten, ist ein europäisches Pilotprojekt gegen Arbeitslosigkeit und gegen die soziale Ausgrenzung durch Bildung und Ausbildung. Können Sie dieses Projekt kurz skizzieren?

Kollwelter: Die Grundidee war ein Vorschlag aus dem Weißbuch der Europäischen Kommission, Jugendliche ohne Diplom und Qualifikation wieder fit für den Arbeitsmarkt oder für weitere Ausbildungen zu machen.

Was sind die Schwerpunkte der Initiative?

Wir arbeiten vor allem mit Jugendlichen, die den Misserfolg schon verinnerlicht haben. Deshalb müssen wir ihnen etwas anderes anbieten als eine normale Schule. Es gilt also, Jugendliche von 18 bis 25 Jahren, die schon länger als ein Jahr aus dem normalen Schulbetrieb ausgegliedert sind, wieder aufzufangen, sie zu motivieren und ihnen wieder Lust am Leben zu geben. Die meisten von ihnen leben auf der Straße oder in ihrem Viertel einfach vor sich hin. Die müssen wieder restrukturiert, wieder für den Arbeitsmarkt tauglich gemacht werden. Das ist unsere erste Aufgabe.

Dabei bin ich nicht der Meinung, dass eine solche Situation in Luxemburg nicht vorhanden sei. Zwar ist es hier augenblicklich etwas besser als zum Beispiel in Marseille. Wenn man sich aber des harten Kerns der jugendlichen Arbeitslosen annehmen möchte, muss man eine neue Struktur schaffen mit neuen Methoden und neue Wege gehen.

In den meisten Ländern ist gerade die Arbeitslosigkeit bei jungen AusländerInnen besonders hoch. Ihre Ausgrenzung wird dadurch verstärkt. Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Der größte Teil - also über 60 Prozent - der Jugendlichen an unserer Schule sind ausländischer Herkunft, vorrangig aus Nordafrika. Zudem liegt die Schule im armen Norden der Stadt. Normalerweise bekom-

men die Jugendliche nur das, was die anderen nicht mehr wollen. Diesmal wurde eine neue Schule für sie gebaut.

Ist die Ausgrenzung der Immigranten in der zweiten oder dritten Generation ein Bildungsproblem?

Nicht nur, sondern auch ein soziales Problem. Die Jugendlichen wohnen z.B. in einer destrukturierten Familie. In einem Appartement, wo in Luxemburg normalerweise nur zwei Leute leben, wohnen sie zu zehnt. Hinzu kommt, dass einige von ihnen schon mit kleinerer oder größerer Kriminalität befasst waren. Dabei sind auch welche, die jeden Abend zurück ins Gefängnis müssen. Schule allein schafft es nicht, diese destrukturierten Jugendlichen wieder zu restrukturieren. Deshalb beschäftigt sich unsere Schule nicht nur mit schulischen Aufgaben. Zum Pensum eines Lehrers gehören auch Gesundheitsprobleme, Wohnprobleme und Familienprobleme.

Eine Studie ergab, dass es in Deutschland deutliche Differenzen bei den Bildungsabschlüssen zwischen einheimischen und ausländischen Jugendlichen gibt, in Frankreich darin aber kaum Unterschiede existieren. Wie erklären Sie sich dies?

Eine der Ursachen kann vielleicht sein, dass in Frankreich viel später orientiert wird, das heißt de facto gibt es so etwas wie eine Gesamtschule. Nach dem Primärunterricht bleiben die Jugendlichen noch vier Jahre zusammen.

In Frankreich hat die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen MigrantInnen zu Formen der Marginalisierung und der sozialen Gewalt geführt, die in den anderen Ländern Westeuropas nicht in dieser Ausprägung zu beobachten sind. Hat sich die Situation seit ihrer Eskalation Mitte der 90er Jahre verbessert oder verschlechtert?

Ich war schon vorher der Ansicht, dass hier kleinere Probleme stark mediatisiert wurden.

Wenn ich zum Beispiel Luxemburger Freunde einlade, nach Marseille zu kommen, heißt es gleich: Marseille, das ist doch schlimmer als Chicago. Durch verschiedene Zwischenfälle, die hochstilisiert wurden, entstehen solche Meinungen. Dabei ist Marseille eine wunderbare Stadt.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Situation und Urbanismus. Mittlerweile ist man sogar dazu übergegangen, einige der berühmtesten Wohnblöcke in den Banlieues abzureißen.

In Frankreich wird traditionell eine assimilationistische Integrationspolitik betrieben. Auf interkulturelle Herausforderungen wie im Kopftuch-Streit hat das französische Bildungssystem vor allem mit der Verteidigung gewachsener Strukturen reagiert. Ist dieses Assimilationsmodell denn gescheitert?

Da muss man differenzieren. Assimilation, Laizismus, republikanische Werte - das ist schon die offizielle staatliche Politik. Dass die Schule laizistisch ist, erleichtert die Integration. Andererseits besteht eine große Gefahr für die Integration, der wir meiner Meinung nach auch in Luxemburg ausgesetzt sind, darin, dass Privatschulen immer mehr Zulauf bekommen. In Frankreich ist das jedenfalls klar der Fall.

In Luxemburg kommt das Phänomen der Dreisprachigkeit hinzu. Immigrantenkinder aus romanischsprachigen Ländern scheitern vor allem im Deutschunterricht. Mutet Luxemburg seinen EinwandererInnen nicht zu viel zu?

Da steht die Frage im Raum, ob sich die Schule den Schülern anpassen muss oder die Schüler der Schule.

Was ist Ihre Meinung? Wer muss sich mehr anpassen?

Es kann weder das eine noch das andere sein. Wenn ich mich aber entscheiden müsste, würde ich sagen, dass sich die Schule anpassen soll.

Tut sie das?

Ich habe vor drei Wochen nach 19 Jahren Unterbrechung wieder den Schulunterricht in Luxemburg aufgenommen. Zumindest was die Schulbücher anbelangt, hat sich einiges geändert. Ich unterrichte Geografie. In dem Fach gibt es zweisprachige Bücher. Das ist schon ein Ansatz. Aber die Sprache ist nach wie vor - vor allem in Luxemburg - der Selektionsfaktor Nummer eins.

Als Integrationssprache wird Lëtzebuergesch betrachtet. Kann aber eine Sprache allein zur Integration führen?

Sie ist wichtig, aber allein kann sie das bestimmt nicht. Es müssen darüber hinaus Brücken geschlagen werden. Sonst werden wir weiterhin eine Zweiklassengesellschaft behalten, mit solchen, die mit einem guten Diplom aus der Schule kommen, das sind vor allem Luxemburger, und jene ohne Diplom, das sind dann mehrheitlich Ausländer.

Die Zweiklassengesellschaft gilt auch für die berufliche und gesellschaftliche Struktur. Ist dies nicht ein Zeichen von mangelnder Integration?

Luxemburger arbeiten zum größten Teil bei staatlichen oder para-staatlichen Unternehmen und bekommen gute Löhne und Gehälter. Sie haben gute Arbeitsbedingungen - und besitzen vor allem Stimmrecht. Und dann die anderen: Die haben kein Stimmrecht, haben weniger gute Arbeitsbedingungen und verdienen weniger. Mittelfristig kommen wir da in eine Situation, die viele Fragen aufwirft. Da ist der Begriff Apartheid nicht weit.

Wie weit soll denn Integration gehen? Soll sich jeder einer Art Luxemburger Identität unterordnen?

Jeder soll weiterhin wissen, wo er herkommt und wo seine Wurzeln sind. Aber wenn es keine Brücke zwischen diesen beiden Kulturen gibt, kann es zu Konflikten kommen. Vielleicht muss ein neuer Typus von Luxemburger entstehen. Nehmen wir einen Luxemburger und einen Ausländer und dividieren wir das durch zwei. Das könnte der Luxemburger der Zukunft sein. Das Gegenteil wäre eine Festungsmentalität.

Das Interview führte Stefan Kunzmann.